

**Rechtsanwalt Wilfried Schmitz**

**Mustervorlage**

**für eine zivilrechtliche Klage gegen Moderna**

**- Hinweise, Ideen, Anregungen -**



© 2025 Wilfried Schmitz

Verlagslabel: tredition, <https://tredition.com>

Umschlaggestaltung: Wilfried Schmitz

Copyright am Coverbild: Wilfried Schmitz

Druck und Distribution im Auftrag des Autors:

tredition GmbH, Heinz-Beusen-Stieg 5, 22926 Ahrensburg, Deutschland

Das Werk, einschließlich seiner Teile, ist urheberrechtlich geschützt. Für die Inhalte ist der Autor verantwortlich. Jede Verwertung ist ohne seine Zustimmung unzulässig. Die Publikation und Verbreitung erfolgen im Auftrag des Autors, zu erreichen unter: Wilfried Schmitz, De-Plevitz-Straße 2, 52538 Selfkant, Germany

Kontaktadresse nach EU-Produktsicherheitsverordnung: [ra.wschmitz@gmail.com](mailto:ra.wschmitz@gmail.com)

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliographische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

## Vorwort

Wer kann schon sagen, was sich letztlich alles offenbaren und entschleiern muss, damit die Menschheit endlich in der Wahrheit ankommt und alles überwinden kann, was sie krank und abhängig macht?!

Meine bei [tredition.de](https://tredition.de) Musterklagen gegen Moderna habe ich bis zuletzt immer wieder mit einem Upgrade versehen, damit das Bild immer vollständiger wird. Damit kann ich nun aufhören. Die Musterklage gegen BioNTech habe ich unter dem Buchtitel „Die Entschleierung“ forgesetzt.

In diesen Büchern ist längst alles Wesentliche zu diesen Covid-19-Injektionen gesagt. Immer neue Studien und sonstige Beiträge mögen das Gesamtbild hier und da weiter bestätigen und ggf. noch punktuell vertiefen. Aber wirklich grundlegend neue Erkenntnisse, die alles in ein neues Licht rücken könnten, erwarte ich nicht mehr. In tatsächlicher Hinsicht ist m.E. alles Wesentliche aufgearbeitet. Die Voraussetzung für eine umfassende rechtliche, insbesondere auch strafrechtliche Aufarbeitung der Ereignisse der letzten Jahre ist geschaffen.

Soweit jedes einzelne Schicksal eines Geschädigten weitere Fragen aufwerfen mag, müssen und können die dann eben einzelfallbezogen mit Sachverständigen geklärt werden.

Sozialer Frieden ist nur möglich, wenn die Menschen endlich erkennen können, dass sie mit ihrem Vortrag gehört werden und alle vor dem Gesetz, auch vor dem StGB und der StPO, gleich sind. Damit das möglich wird müssen sich zuerst alle der Realität und der Aufarbeitung widmen stellen, damit sie ihre Interessen überhaupt wahrnehmen können. Jede große Veränderung ist das Resultat unzähliger kleiner Beiträge und (Bewusstseins-)Veränderungen.

Die Menschen müssen endlich aus ihrem Traum erwachen, dass die Pharmaindustrie ihr Freund ist. Wer immer noch ahnungslos ist schwebt in größer Gefahr.

Der Journalist Ben Bartee hat folgende Ansicht geäußert.:

**„Jeder, der auch nur einen Funken gesunden Menschenverstand hat, versteht inzwischen – nachdem sich der Public Health™-Apparat in den letzten vier Jahren als die korrupte, menschenfeindliche Tötungs- und Profitmaschine entlarvt hat, die er ist -, dass die herrschenden Behörden, die den Durchschnittsmenschen hassen, die ihn schwach, isoliert, verängstigt und krank haben wollen, um sie sozial zu kontrollieren, während sie über das medizinische System alles herausholen, was vom Wohlstand der Mittelschicht übrig ist....“** (Quelle: <https://tkp.at/2024/11/06/make-america-healthy-again/>)

Hat Ben Bartee hier maßlos übertrieben? Vor allem, wenn man bedenkt, dass eine Studie schätzt, dass infolge der menschenverachtenden sog. Anti-Corona-Maßnahmen und der Covid-19-Injektionskampagne insgesamt 30,9 Millionen verstorben sind? Siehe:

<https://tkp.at/2024/07/21/studie-309-millionen-zusaetzliche-todesfaelle-durch-corona-massnahmen-und-impfkampagne/>

Zum Vergleich: Die Zahl der Toten des 1. Weltkrieges wird bekanntlich auf bis zu 20 Millionen geschätzt.

Der **Zusammenhang zwischen Impfungen und Autismus** ist schon lange nachgewiesen, siehe nur:

Tkp.at am 28.5.2024: Wissenschaftler zeigen Verbindungen zw. Impfung und Autismus auf:

<https://tkp.at/2024/05/28/wissenschaftler-zeigen-verbindungen-zwischen-impfung-und-autismus/>

tkp.at am 2.11.2024: Autismusrate in USA auf 1 von 33 im Jahr 2022 angestiegen:

<https://tkp.at/2024/11/02/autismus-rate-in-usa-auf-1-von-33-im-jahr-2022-angestiegen/>

tkp.at am 13.1.2024: Die hohen Folgekosten des Autismus-Tsunami in den USA:

<https://tkp.at/2024/01/13/autismus-tsunami-in-usa-mit-hohen-folgekosten-top-studie/>

Oder ist es Zufall, dass ungeimpfte Kinder wie die der Amish nachweislich viel gesünder sind? Siehe u.a.:

Tkp.at. am 24.5.2023: Ungeimpfte Amisch-Gemeinde schneidet besser ab:

<https://tkp.at/2023/05/24/amisch-gemeinde-ohne-impfung-und-ohne-corona-massnahmen-schneidet-besser-ab-als-rest-der-usa/>

legitim.ch am 27.3.2023 (**Zitat**):

**„Umfassende Studie: Es gibt NULL Amish-Kinder, die an Krebs, Diabetes oder Autismus leiden – WARUM WOHL?**

Die derzeitige Bevölkerung der Amish in Amerika liegt mittlerweile bei annähernd 400.000 Menschen, die meisten davon mit 90.000 in Pennsylvania und mit 82.000 in Ohio. Die Amischen haben sich in 32 US-Bundesstaaten niedergelassen und haben durchschnittlich 7 Kinder pro Familie, so dass ihre Bevölkerung schnell wächst. In einer brandneuen, umfassenden Studie (Stand Juni 2023), die Steve Kirsch dem Senat des Bundesstaates Pennsylvania vorgelegt hat, wurde errechnet, dass bei den Kindern der Amish, die definitiv zu 100 Prozent nicht geimpft sind (d.h. vollständig ungeimpft), typische chronische Erkrankungen kaum oder überhaupt nicht auftreten.

Zu diesen chronischen Erkrankungen, die auch als vermeidbare Krankheiten und Störungen bezeichnet werden und an denen viele geimpfte Kinder und weite Teile der Amerikaner leiden, gehören Autoimmunerkrankungen, Herzkrankheiten, Diabetes, Asthma, ADHS, Arthritis, Krebs und natürlich... Moment... [Autismus \(im Sinne von Autismusspektrum-Störungen und Asperger-Syndrom\)](#)....“ (**Zitat Ende**)

Quelle:

<https://legitim.ch/umfassende-studie-es-gibt-null-amish-kinder-die-an-krebs-diabetes-oder-autismus-leiden-warum-wohl/>

Mit diesem Buch können Sie sich eine eigene Meinung bilden. Das sollten Sie auch, wenn Sie für die Gesundheit anderer Menschen verantwortlich sind.

Gerade nach den Erfahrungen mit der Covid-19-Injektionskampagne kann ich gar nicht mehr anders als mich der oben wiedergegebenen Einschätzung von Bartee anzuschließen, denn irreführender, gesundheitsschädlicher und bösartiger als das PEI, RKI und BMG ab März 2020 mit der Bevölkerung umgegangen sind, geht es m.E. überhaupt nicht.

**Die dafür Verantwortlichen müssen zivil- und strafrechtlich zur Verantwortung gezogen werden.** Dieses Buch kann und soll dabei helfen.

Die hier in Bezug genommen Quellen können im Volltext auf meiner Homepage unter dem Link „Bücher“

<https://www.anwalt-schmitz.eu/buecher/>

abgerufen werden.

Lassen Sie sich bitte nicht durch den Umfang dieser Musterklage und die zahlreichen Referenzquellen abschrecken.

Schon gar nicht sollten Sie sich durch faktenfreie Behauptungen der Wirkstoffhersteller oder der Behörden, die die wahre Dimension der Katastrophe der Covid-19-Injektionen vertuschen wollen und es auch so gerne bei einer pauschalen Bezugnahme auf das PEI belassen, irritieren lassen.

Die zentralen Fragen lassen sich längst eindeutig beantworten:

1.

**Weisen Covid-19-Injektionen wie Comirnaty oder Spikevax ein positives Nutzen-Risiko-Verhältnis auf?**

Nein, eindeutig nicht. Das ergibt sich aus den eigenen Daten der Wirkstoffhersteller. Das wird insbesondere durch das Gutachten von Dr. Hans-Joachim Kremer in der Anlage K4 bewiesen.

2.

**Kennt das PEI denn wirklich keine Studien, die den fehlenden Nutzen dieser Geninjektionen belegen?**

Doch! Jedenfalls wenn man unterstellt, dass das PEI die Zulassungsstudien der Wirkstoffhersteller BioNTech/Pfizer und Moderna gelesen und analysiert hat.

3.

**Kennt das PEI denn wirklich keine Studien, die die hohe Gefährlichkeit dieser Geninjektionen belegen?**

Doch! Auch Zulassungsstudien sind Studien, und die haben – trotz zahlreicher Manipulationen - bereits zahlreiche Warnsignale ausgewiesen, die sich nach Marktzulassung in einem noch nie dagewesenen Umfang bestätigt haben.

Auch das wird insbesondere durch das Gutachten von Dr. Hans-Joachim Kremer in der Anlage K4 bewiesen.

4.

#### **Hat das PEI wirklich keine Risikosignale erkennen können?**

Doch! Jedenfalls wenn man unterstellt, dass das PEI (zumindest) die Publikationen seiner eigenen Mitarbeiter und insbesondere auch die Zulassungsstudien sowie die Post-Marketing-Berichte (die nach Marktzulassung verfasst wurden) der Wirkstoffhersteller gelesen hat.

Bloß unterstellt, dass der Tod eines (!) Menschen in diesen Zeiten noch ein „Warnsignal“ ist, dann hätte die Welt z.B. darauf hingewiesen werden müssen, dass Pfizer schon in seinem „Cumulative Analysis of Post-Authorization adverse Event Reports of PF-07302048 (BNT162B2)“ vom **28.2.2021** (!) – nach nur ca. 2 ½ Monate nach Marktzulassung – auf Seite 7 insgesamt **1.223 (!) Tote** („Fatal“) ausweisen musste (siehe Anlage K 15 A)

Solche Daten wurden der Öffentlichkeit auch noch am 10.4.2025 verschwiegen, siehe u.a.:

<https://www.mwgfd.org/2025/04/corona-aufarbeitung-bei-lanz-argumente-von-buyx-und-lauterbach-widerlegt/>

Wenn nicht einmal das als „Warnsignal“ behandelt wird, dann gibt es keine Warnsignale mehr. Dann rechtfertigen die Gewinnerwartungen der Wirkstoffhersteller Menschenopfer in unbegrenzter Höhe.

Hätte sich danach noch jemand „impfen“ lassen, wenn er von diesen Daten gewusst hätte?

Und hätte sich jemand mit Comirnaty „impfen“ lassen, wenn er die Unternehmensgeschichte von Pfizer gekannt hätte? War diese Geschichte nicht das größte Warnsignal überhaupt?

Hier ist sie abrufbar: <https://t.me/RAWilfriedSchmitz/299>

5.

#### **Ist das Post-Vac-Syndrom („Post-Akutes Covid-19-Impfsyndrom“) denn immer noch nicht definiert?**

Doch, wie der Name schon sagt: Nach Verabreichung einer Covid-19-Geninjektion treten schwere Nebenwirkungen auf, die so vielfältig sind, dass sie nur noch unter der Bezeichnung „Impfsyndrom“ zusammengefasst werden können. Mit dieser grundlegenden Erkenntnis ist im Grunde schon hinreichend zum Ausdruck gebracht, was „Post-Vac“ ist, und das sollten Behörden und Gerichte auch zur Kenntnis nehmen.

Einige der grundlegenden pathophysiologischen Zusammenhänge, die für diese Vielzahl an Nebenwirkungen / Gesundheitsschäden verantwortlich sind, können mittlerweile gut beschrieben werden.

Wenn also das PEI auf seiner Homepage bis auf den heutigen Tag mit schwammigen Formulierungen wie (Zitat)

„Der Begriff „Post-Vac“ stellt keine medizinisch definierte Bezeichnung einer Erkrankung dar und unterliegt keiner eindeutigen Falldefinition für die Meldung eines Verdachtsfalls einer Nebenwirkung eines Impfstoffprodukts.“

(Quelle: <https://www.pei.de/DE/newsroom/positionen/covid-19-impfstoffe/stellungnahme-postvac.html>)

die niemandem weiterhelfen und den Eindruck erwecken, alle Interessierten, insbesondere alle behandelnden Ärzte und Geschädigten bloß verwirren zu wollen, dann ist dieser Eindruck berechtigt.

Dabei sieht die Realität so aus, dass nach dem Erfahrungsbericht des Berliner Hausarztes Erich Freisleben 90% der „Post-Covid“-Fälle in Wahrheit Impfschäden sind, siehe multipolar-magazin am 10.2.2025:

<https://multipolar-magazin.de/meldungen/0174>

6.

**Müssen die zahlreichen Unterlassungen und Manipulationen der Verantwortlichen des PEI sofort umfassend strafrechtlich aufgearbeitet werden?**

Ja, selbstverständlich! Die Nichtaufarbeitung dieser Verbrechen ist selbst ein Verbrechen, nicht „nur“ Strafreitelung im Amt. Denn die Nichtaufarbeitung dieser Verbrechen führt zu einer immer weiteren Fortsetzung der hochgefährlichen Experimente mit Geninjektionen.

7.

**Kann man Covid-19-Injektionsschäden nicht von Long-Covid-Gesundheitsschäden differenzieren?**

Doch, kann man.

Wer das Gegenteil behauptet will allem Anschein nach nur dabei helfen, die katastrophalen Folgen der Covid-19-Injektionskampagne zu vertuschen und die Post-Vac-Geschädigten von der Geltendmachung ihrer Ansprüche abzuhalten.

8.

**Ist Post-Vac nicht behandelbar?**

Doch, ist es. Ärzte wie Ralf Tillenburg aus Düsseldorf haben das in vielen Fällen bewiesen.

Selfkant, den 10.8.2025

Wilfried Schmitz  
Rechtsanwalt

## Aus dem „Friedensevangelium der Essener“

**(Zitat)** „[...] Sie saßen rund um Jesus und fragten ihn: »Meister, welches sind die Gesetze des Lebens? Weile länger bei uns und lehre uns. Wir möchten deinen Worten lauschen, damit wir geheilt und rechtschaffen werden.«

Und Jesus antwortete: »Sucht das Gesetz nicht in euren heiligen Schriften; denn das Leben ist das Gesetz, die Schrift jedoch ist tot. Wahrlich, ich sage euch, Moses empfing seine Gesetze von Gott nicht schriftlich, sondern durch das lebende Wort. Das Gesetz ist lebendiges Wort des lebendigen Gottes an lebendige Propheten für lebendige Menschen. In allem, was da lebt, steht das Gesetz geschrieben. Ihr findet es im Gras, im Baum, im Fluss, in den Bergen, in den Vögeln des Himmels, in den Fischen des Meeres; doch vor allem sucht es in euch selber. Denn wahrlich, ich sage euch, alles, was lebt, ist näher bei Gott als die Schrift, die ohne Leben ist. Gott schuf das Leben und alles, was da lebt, damit sie durch das ewig lebendige Wort dem Menschen die Gesetze der wahrhaften Gottheit lehren. Gott schrieb die Gesetze nicht in die Seiten der Bücher, sondern in euer Herz und in euren Geist. Sie sind in eurem Atem, eurem Blut, euren Knochen, in eurem Fleisch, euren Eingeweiden, euren Augen, euren Ohren, und in jedem winzigen Teilchen eures Leibes. Sie sind allgegenwärtig in der Luft, im Wasser, in der Erde, in den Pflanzen, in den Sonnenstrahlen, in den Tiefen und in den Höhen. Sie alle reden zu euch, damit ihr das Wort und den Willen der lebendigen Gottheit verstehtet. Doch ihr schließt eure Augen, damit ihr nicht sehet, und ihr schließt eure Ohren, damit ihr nicht höret. Wahrlich, ich sage euch, die heilige Schrift ist Menschenwerk; doch das Leben und alle seine Heerscharen sind das Werk unseres Gottes. Warum hört ihr nicht auf die Worte Gottes, die in seinen Werken geschrieben stehen? Und warum studiert ihr die toten Schriften, die das Werk von Menschenhänden sind?« [...] **(Zitat Ende)**

Quelle:

Schriften der Essener / Das Friedens-Evangelium der Essener: Schriften der Essener – Buch 1, ISBN-10: 3890601278, ISBN-13: 978-3890601274):

Hat Dir jemand gesagt, es wird niemand – auch kein Gott - kommen, der uns, die Menschheit, befreien wird?

Woher weiß er das? Hat Gott ihm das gesagt?



„Oh Mensch! Gieb Acht!  
Was spricht die tiefe Mitternacht?  
„Ich schlief, ich schlief –,  
„Aus diesem Traum bin ich erwacht: -  
„Die Welt ist tief,  
„Und tiefer als der Tag gedacht.  
„Tief ist ihr Weh -...“

(Friedrich Nietzsche, also sprach Zarathustra)

Höchste Zeit, dass die ganze Menschheit endlich aus ihrem tiefen Traum erwacht, sie könne alle Macht irgendwelchen Institutionen übertragen, die sich jeder effektiven Kontrolle entziehen können, denn:

**„Ohne Zugang zum Recht ist der Mensch kein Mensch.“**

Die Menschen müssen realisieren, was das bedeutet. Denn die „Corona“-Rechtsprechung hat den Menschen in diesem Land ab Frühjahr 2020 faktisch den Zugang zum Recht verweigert. Wenn Menschen so behandelt werden, dann ist ihre Menschenwürde nicht mehr „unantastbar“; viel schlimmer noch: Der Würde des Menschen wird dann überhaupt keine Beachtung mehr geschenkt.

Zum Begriff der Menschenwürde habe ich in meinem Buch **„Warum Gott der beste Freund des Menschen ist“** ausgeführt (**Zitat**):

„Ein Leben ohne den Glauben an den EINEN Gott ist nicht lebenswert, da es keinen Raum für Hoffnung lässt, und eine Gesellschaft, die sich von allen absoluten Werten und insbesondere von jeder Menschlichkeit gelöst hat, zerstört sich früher oder später selbst.

So haben auch viele Juristen vergessen: **Die Würde des Menschen hat ihren Ursprung im Wort Gottes.** (vgl. hierzu auch die Aussagen über „Die Würde der menschlichen Person“ in der Pastoralkonstitution „Gaudium et Spes“ des 2. Vatikanischen Konzils über die Kirchen in der Welt von heute, I. Hauptteil, Kapitel I., Nr. 12). Aber wie kann jemand das Recht pflegen oder „Recht sprechen“, wenn er diesen Ursprung und Bezugspunkt vergessen in Gottes Gesetz nicht (mehr) in seinem Herzen hat?

„Dann sprach Gott: Laßt uns Menschen machen als unser Abbild, uns ähnlich.“ (Gen 1, 26)  
„Gott schuf also den Menschen als sein Abbild; als Abbild Gottes schuf er ihn.“ (Gen 1, 27)

„Die Herrlichkeit des Schöpfers - **die Würde des Menschen**

1 ... Ein Psalm Davids.

2 HERR, unser Herr, / wie gewaltig ist dein Name auf der ganzen Erde, der du deine Hoheit gebreitet hast über den Himmel.[1] ...

4 Seh ich deine Himmel, die Werke deiner Finger, Mond und Sterne, die du befestigt:

**5 Was ist der Mensch, dass du seiner gedenkst, des Menschen Kind, dass du dich seiner annimmst?**

**6 Du hast ihn nur wenig geringer gemacht als Gott, du hast ihn gekrönt mit Pracht und Herrlichkeit.[3]**

7 Du hast ihn als Herrscher eingesetzt über die Werke deiner Hände, alles hast du gelegt unter seine Füße:

...

10 HERR, unser Herr, wie gewaltig ist dein Name auf der ganzen Erde!“ (Psalm 8)

**Was kann denn die Würde des Menschen noch deutlicher herausstellen als die Aussage, dass der Mensch das Abbild Gottes ist und Gott den Menschen „nur wenig geringer gemacht hat als Gott und dass Gott den Menschen mit Pracht und Herrlichkeit gekrönt hat?!**

**Meiner Ansicht nach wird der Mensch aber am meisten dadurch erhöht und geheiligt, dass er Gott „Vater“ und sogar „Freund“ nennen darf.** Ist es denn selbstverständlich, dass der Mensch Gott überhaupt loben und preisen darf? Wenn man Gottes Größe bedenkt, dann ist schon das unendlich mehr Gnade, als wir erfassen können.

Im Vergleich dazu wirken alle Bemühungen von „Juristen“, die Würde des Menschen ohne Bezugnahme auf die Botschaft der Heiligen Schriften zur Stellung des Menschen im göttlichen Schöpfungsplan zu „definieren“, wie hohle Phrasen, ohne Fundament und ohne Überzeugungskraft, da sie die Kulturgeschichte des Menschen vergessen lassen. Wenn Gott als DER Eckstein jeder Kultur verworfen wird (gl. Mt 21, 42), dann sind juristische Begriffe und Konstrukte nicht nur auf Sand gebaut (vgl. Mt 7,26-27), sondern von ihrer Substanz her nur noch Irrlichter, eine Fata Morgana.

Diese Schlussfolgerung lässt sich auch vom Verständnis des **Logos** her begründen. „Vom Johannes-Prolog her steht der Begriff des Logos im Mittelpunkt unseres christlichen Gottesglaubens. Logos heißt Vernunft, Sinn, aber auch Wort – ein Sinn also, der Wort ist, der Beziehung ist, der Beziehung ist, der schöpferisch ist. **Der Gott, der Logos, verbürgt und sie Vernünftigkeit der Welt, die Vernünftigkeit unseres Seins, die Gottgemäßheit der Vernunft und die Vernünftigkeit Gottes...Die Welt kommt aus der Vernunft, und diese Vernunft ist Person, ist Liebe – das ist es, was uns der biblische Glaube über Gott sagt.** Die Vernunft kann von Gott reden, sie muss von Gott reden, sonst amputiert sie sich selbst...Kolakowski hat auf seinem Denkweg ...darauf aufmerksam gemacht, dass die Streichung des Gottesglaubens, wie immer man es auch drehen und wenden mag, letztlich dem Ethos seinen Grund wegnimmt. Wenn die Welt und der Mensch nicht aus einer schöpferischen Vernunft kommen, die ihre Maße in sich trägt und in die Existenz des Menschen einträgt, dann bleiben nur noch Verkehrsregeln menschlichen Verhaltens übrig, die nach ihrem Nutzwert zu entwerfen und zu begründen sind. Es bleibt nur das Kalkül der Wirkungen...Aber wer kann denn wirklich über die Wirkungen unseres Augenblicks hinaus urteilen? Wird dann nicht eine neue Herrscherklasse die Schlüssel des Daseins, die Verwaltung des Menschen in die Hand nehmen? Wenn es um das Kalkül der Wirkungen geht, dann gibt es die Unberührbarkeit der Menschenwürde nicht mehr, weil nichts mehr in sich gut oder böse ist ...Der Glaube an den Logos, das Wort am Anfang, versteht Ethos als Verantwortung, als Antwort auf das Wort und gibt ihm (dem Ethos) seine Rationalität wie seine wesentliche Richtung.“ (Josef Ratzinger, Einführung in das Christentum, Seite 23 ff.).

Was auch immer der Mensch glaubt, es wird auf ihn zurück-fallen. Und was auch immer der Mensch liebt – das wird in ihm leben, im Guten wie im Schlechten. Wenn niemand mehr um die wahre **Würde des Menschen** weiß, dann wird sie mit Füßen getreten, und die Gesellschaft zerstört sich selbst.“

**Juristen, ja alle, die sich von dem durch Gottes Schöpfung vorgegebenen Anspruch loslösen und sich damit selbst das Maß sein wollen, auch beim Verständnis der Menschenwürde, wollen sich dadurch letztlich nur selbst über Gottes Maß stellen und wie Gott sein.**

„Dem menschlichen Faktor eine Gasse zu bahnen  
Ist die Aufgabe aller Berufe, vor allem der Juristen,  
denn Gesetze sind nun einmal nicht auf Pergament,  
sondern auf empfindliche Menschenhaut geschrieben.  
Vom Gesetzesfetischismus führt ein schnurgrader Weg  
Zu den Konzentrationslagern von Auschwitz und Buchenwald.“

Fritz Bauer, 1955

Quelle: Irmtrud Wojak: „Fritz Bauer – Eine Biographie“, Seite 9

Fritz Bauer war Generalstaatsanwalt in Hessen von 1956 bis 1968. Mit seinem Namen sind u.a. die Entführung von Adolf Eichmann nach Israel und die Frankfurter Auschwitzprozesse verbunden.

„Es gab Regeln im Kloster, aber der Meister rief immer zur Vorsicht gegenüber der Tyrannei des Gesetzes auf. ‚Gehorsam hält die Regeln ein‘, pflegte er zu sagen. ‚Liebe weiß, wann sie zu brechen sind‘.

Quelle: A. de Mello, Eine Minute Weisheit, Freiburg i. Br. (Herder), 1990, 84.

Kurzform der Radbruchschen Formel: „Extremes Unrecht ist kein Recht“

*„Der Konflikt zwischen der Gerechtigkeit und der Rechtssicherheit dürfte dahin zu lösen sein, daß das positive, durch Satzung und Macht gesicherte Recht auch dann den Vorrang hat, wenn es inhaltlich ungerecht und unzweckmäßig ist, es sei denn, daß der Widerspruch des positiven Gesetzes zur Gerechtigkeit ein so unerträgliches Maß erreicht, daß das Gesetz als ‚unrichtiges Recht‘ der Gerechtigkeit zu weichen hat. Es ist unmöglich, eine schärfere Linie zu ziehen zwischen den Fällen des gesetzlichen Unrechts und den trotz unrichtigen Inhalts dennoch geltenden Gesetzen; eine andere Grenzziehung aber kann mit aller Schärfe vorgenommen werden: wo Gerechtigkeit nicht einmal erstrebt wird, wo die Gleichheit, die den Kern der Gerechtigkeit ausmacht, bei der Setzung positiven Rechts bewußt verleugnet wurde, da ist das Gesetz nicht etwa nur ‚unrichtiges‘ Recht, vielmehr entbehrt es überhaupt der Rechtsnatur. Denn man kann Recht, auch positives Recht, gar nicht anders definieren als eine Ordnung und Satzung, die ihrem Sinne nach bestimmt ist, der Gerechtigkeit zu dienen.“*

- Gustav Radbruch: Gesetzliches Unrecht und übergesetzliches Recht. SJZ 1946, 105 (107).

*„Wo also [...] Gerechtigkeit nicht einmal erstrebt wird, können die so geschaffenen Anordnungen nur Machtsprüche sein, niemals Rechtssätze [...]; so ist das Gesetz, das gewissen Menschen die Menschenrechte verweigert, kein Rechtssatz. Hier ist also eine scharfe Grenze zwischen Recht und Nicht-Recht gegeben, während wie oben gezeigt wurde, die Grenze zwischen gesetzlichem Unrecht und geltendem Recht nur eine Maßgrenze ist [...].“*

- Gustav Radbruch: Vorschule der Rechtsphilosophie. 2. Auflage, Göttingen 1959, S. 34.

Quelle: Krimpedia (zum Begriff Radbruchsche Formel)

Gustav Radbruch war ein deutscher Rechtsphilosoph, Strafrechtsreformer und Kriminalpolitiker.

# Text der Musterklage:

## Bitte beachten:

Bei Landgerichten besteht Anwaltszwang, auch schon für die Einreichung der Klage. Solche Klagen sind folglich nur mit einem Anwalt/einer Anwältin möglich.

An das  
Landgericht .....  
.....  
.....

beA

AZ: .../2024

Selfkant, den 4.3.2025

## **Antrag auf Prozesskostenhilfe und Klageentwurf**

In der Sache

der Frau ....

- Antragstellerin -

Prozessbevollmächtigter: Rechtsanwalt Wilfried Schmitz, Kontaktdaten wie im Briefkopf angegeben

gegen die Moderna Biotech Spain S.L., C/ Julián Camarillo 31, 28037 Madrid - Spanien, vertreten d.d. Geschäftsführer

- Antragsgegnerin -

Prozessbevollmächtigter: Hogan Lovells International LLP, Karl-Scharnagl-Ring 5, 80539 München

wegen Schmerzensgeld und Schadensersatz auf Grund eines „Impf“-Schadens

vorläufiger Streitwert: 150.000,00 €

wird beantragt,

1.

der Klägerin unter Beiordnung des Unterzeichners für die erste Instanz Prozesskostenhilfe zu bewilligen,

2.

**die Bekanntgabe des PKH-Gesuchs an den Gegner unabhängig von den Erfolgsaussichten zu veranlassen.**

### **Begründung:**

1.

Da die Klägerin nach ihren persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnissen nicht in der Lage ist, die Kosten des beabsichtigten Rechtsstreits aufzubringen.

Einzusetzendes Einkommen i.S. von § 115 Abs. 1 ZPO ist nicht vorhanden, so dass sie nicht durch monatliche Raten zu den Kosten beitragen kann.

Auch eigenes Vermögen steht ihr nicht zur Verfügung.

Insoweit wird auf die Erklärung der Antragstellerin über ihre persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse verwiesen, die mitsamt den erforderlichen Belegen hierzu als

### **Anlage Erklärung zu PKH-Antrag**

überreicht wird.

Die beabsichtigte Klage hat hinreichende Aussicht auf Erfolg und ist auch nicht mutwillig.

Hierzu wird auf den nachfolgenden Klageentwurf verwiesen. Die Klage soll nur so weit erhoben werden wie PKH bewilligt ist.

2.

Der zu Ziff. 2 gestellt Antrag hat das Ziel, auf jeden Fall die Verjährung zu hemmen, selbst wenn das Gericht die Erfolgsaussichten verneinen sollte. Das setzt die Bekanntgabe des PKH-Gesuchs voraus (vgl. § 204 Abs. 1 Nr. 14 BGB, BGH NJW 2008, 1939).

3.

Einleitend wird höchst vorsorglich an die Rechtsprechung des BVerfGs zum Prüfungsmaßstab bei der Beurteilung der Erfolgsaussichten im PKH-Verfahren erinnert, damit die Anforderungen an die Bewilligung von PKH nicht zum Nachteil der Antragstellerin überspannt werden.

So wird dieser Prüfungsmaßstab in dem Beschluss des BVerfGs vom 28.10.2019 – 2 BvR 1813/18 wie folgt konkretisiert (**Zitat**):

„a) Das Recht auf effektiven und gleichen Rechtsschutz gebietet eine weitgehende Angleichung der Situation von Bemittelten und Unbemittelten bei der Verwirklichung des Rechtsschutzes (vgl. BVerfGE 10, 264 <270>; 22, 83 <87>; 51, 295 <302>; 63, 380 <394>; 67, 245 <248>; 78, 104 <117 f.>; 81, 347 <357>; BVerfG, Beschluss der 3. Kammer des

Zweiten Senats vom 8. Juli 2016 - 2 BvR 2231/13 -, Rn. 10; Beschluss der 1. Kammer des Zweiten Senats vom 5. Dezember 2018 - 2 BvR 1122/18, 2 BvR 1222/18, 2 BvR 1583/18 -, Rn. 10). Dies ergibt sich aus dem in Art. 20 Abs. 3 GG allgemein verankerten Grundsatz der Rechtsstaatlichkeit, der für den Rechtsschutz gegen Akte der öffentlichen Gewalt in Art. 19 Abs. 4 GG eine besondere Ausprägung gefunden hat, in Verbindung mit dem allgemeinen Gleichheitssatz des Art. 3 Abs. 1 GG. Der Unbemittelte muss allerdings nur einem solchen Bemittelten gleichgestellt werden, der seine Prozessaussichten vernünftig abwägt und dabei auch das Kostenrisiko berücksichtigt (vgl. BVerfGE 9, 124 <130 f.>; 81, 347 <357>; BVerfGK 6, 53 <55>; BVerfG, Beschluss der 3. Kammer des Zweiten Senats vom 1. April 2015 - 2 BvR 3058/14 -, Rn. 19; Beschluss der 2. Kammer des Ersten Senats vom 21. November 2018 - 1 BvR 1653/18, 1 BvR 1888/18, 1 BvR 1889/18, 1 BvR 1890/18, 1 BvR 2381/18 -, Rn. 8; stRspr).

25

Auslegung und Anwendung des § 114 Abs. 1 Satz 1 ZPO ist grundsätzlich Sache der Fachgerichte. Das Bundesverfassungsgericht kann insofern nur eingreifen, wenn dabei Verfassungsrecht verletzt wird und die angegriffene Entscheidung Fehler erkennen lässt, die auf einer grundsätzlich unrichtigen Anschauung von der Bedeutung der vom Grundgesetz verbürgten Rechtsschutzgleichheit beruhen (vgl. BVerfGE 56, 139 <144>; BVerfG, Beschluss der 1. Kammer des Zweiten Senats vom 4. Dezember 2018 - 2 BvR 2726/17 -, Rn. 12). Die Fachgerichte überschreiten den ihnen zustehenden Entscheidungsspielraum erst dann, wenn sie einen Auslegungsmaßstab verwenden, durch den einer unbemittelten Partei im Vergleich zur bemittelten die Rechtsverfolgung oder Rechtsverteidigung unverhältnismäßig erschwert wird. Das ist namentlich dann der Fall, wenn das Fachgericht die Anforderungen an die Erfolgsaussicht der beabsichtigten Rechtsverfolgung oder Rechtsverteidigung überspannt und dadurch der Zweck der Prozesskostenhilfe, dem Unbemittelten den weitgehend gleichen Zugang zu Gericht wie der bemittelten Partei zu ermöglichen, deutlich verfehlt wird (vgl. BVerfGE 81, 347 <358>; BVerfG, Beschluss der 1. Kammer des Zweiten Senats vom 22. August 2018 - 2 BvR 2647/17 -, Rn. 14; Beschluss der 1. Kammer des Zweiten Senats vom 23. Oktober 2018 - 2 BvR 1050/17 -, Rn. 14; Beschluss der 1. Kammer des Zweiten Senats vom 4. Dezember 2018 - 2 BvR 2726/17 -, Rn. 13; Beschluss der 1. Kammer des Zweiten Senats vom 5. Dezember 2018 - 2 BvR 1122/18, 2 BvR 1222/18, 2 BvR 1583/18 -, Rn. 12; Beschluss der 1. Kammer des Ersten Senats vom 16. April 2019 - 1 BvR 2111/17 -, Rn. 22).

26

Die Prüfung der Erfolgsaussichten dient nicht dazu, die Rechtsverfolgung oder Rechtsverteidigung selbst in das Nebenverfahren der Prozesskostenhilfe, in dem nur eine summarische Prüfung stattfindet, zu verlagern und dieses an die Stelle des Hauptsacheverfahrens treten zu lassen (vgl. BVerfG, Beschluss der 2. Kammer des Ersten Senats vom 11. März 2010 - 1 BvR 365/09 -, Rn. 17; Beschluss der 1. Kammer des Zweiten Senats vom 22. August 2018 - 2 BvR 2647/17 -, Rn. 14; Beschluss der 1. Kammer des Zweiten Senats vom 23. Oktober 2018 - 2 BvR 1050/17 -, Rn. 14; Beschluss der 1. Kammer des Zweiten Senats vom 4. Dezember 2018 - 2 BvR 2726/17 -, Rn. 13; Beschluss der 1. Kammer des Zweiten Senats vom 5. Dezember 2018 - 2 BvR 2257/17 -, Rn. 14; Beschluss der 1. Kammer des Ersten Senats vom 16. April 2019 - 1 BvR 2111/17 -, Rn. 22). Im Prozesskostenhilfeverfahren dürfen grundsätzlich keine strittigen Rechts- oder Tatsachenfragen geklärt werden (vgl. BVerfG, Beschluss der 3. Kammer des Ersten Senats vom 14. Oktober 2003 - 1 BvR 901/03 -, NVwZ 2004, S. 334 <335>; Beschluss der 2. Kammer des Ersten Senats vom 19. Februar 2008 - 1 BvR 1807/07 -, Rn. 23; Beschluss der 3. Kammer des Ersten Senats vom 28. August 2014 - 1 BvR 3001/11 -, Rn. 13).

27

Allerdings begegnet die Verweigerung von Prozesskostenhilfe keinen verfassungsrechtlichen Bedenken, wenn ein Erfolg in der Hauptsache zwar nicht

schlechthin ausgeschlossen, die Erfolgchance aber nur eine entfernte ist (vgl. BVerfG, Beschluss der 3. Kammer des Ersten Senats vom 28. August 2014 - 1 BvR 3001/11 -, Rn. 12; Beschluss der 3. Kammer des Zweiten Senats vom 1. April 2015 - 2 BvR 3058/14 -, Rn. 20). Daher ist auch eine Beweisantizipation im Prozesskostenhilfverfahren in begrenztem Rahmen zulässig. Die verfassungsgerichtliche Prüfung beschränkt sich in diesen Fällen darauf, ob konkrete und nachvollziehbare Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass eine Beweisaufnahme über die streitigen Tatsachen mit großer Wahrscheinlichkeit zum Nachteil des Beschwerdeführers ausgehen würde (BVerfG, Beschluss der 1. Kammer des Ersten Senats vom 3. September 2013 - 1 BvR 1419/13 -, Rn. 23). Kommt jedoch eine Beweisaufnahme ernsthaft in Betracht und liegen keine konkreten und nachvollziehbaren Anhaltspunkte dafür vor, dass die Beweisaufnahme mit großer Wahrscheinlichkeit zum Nachteil des Beschwerdeführers ausgehen würde, so läuft es dem Gebot der Rechtsschutzgleichheit zuwider, dem Unbemittelten wegen fehlender Erfolgsaussichten seines Rechtsschutzbegehrens Prozesskostenhilfe zu verweigern (vgl. BVerfG, Beschluss der 1. Kammer des Ersten Senats vom 20. Februar 2002 - 1 BvR 1450/00 -, NJW-RR 2002, S. 1069; Beschluss der 3. Kammer des Ersten Senats vom 21. November 2008 - 1 BvR 2504/06 -, Rn. 13; Beschluss der 3. Kammer des Ersten Senats vom 1. Juli 2009 - 1 BvR 560/08 -, Rn. 13; Beschluss der 3. Kammer des Ersten Senats vom 25. April 2012 - 1 BvR 2869/11 -, Rn. 18; stRspr)...“ (**Zitat Ende**)

Und in dem Beschluss des BVerfGs vom 29.11.2019 zu 1 BvR 2666/18 in einer Schmerzensgeldklage heißt es (**Zitat**):

„aa) Nach der in Rechtsprechung und Literatur zu § 114 Satz 1 ZPO weit überwiegenden Meinung hat ein Rechtsschutzbegehren im Rahmen einer bezifferten Schmerzensgeldklage in aller Regel dann hinreichende Aussicht auf Erfolg, wenn der verlangte Betrag noch vertretbar erscheint (vgl. OLG Karlsruhe, Beschluss vom 16. Februar 2011 - 4 W 108/10 -, juris, Rn. 17; OLG Düsseldorf, Beschluss vom 3. November 2011 - 1 W 32/11 -, juris, Rn. 3; Fischer, in: Musielak/Voit, 16. Aufl. 2019, ZPO § 114 Rn. 29; Kießling, in: Saenger, ZPO, 8. Aufl. 2019, § 114 Rn. 21; Slizyk, in: IMM-DAT Kommentierung, 15. Aufl. 2019, Rn. 484). Im Prozesskostenhilfverfahren ist daher ein gedachter Rahmen zu bilden, in dem sich die richterliche Ermessensausübung im konkreten Fall bewegen kann. Erst wenn der Klageantrag, für den Prozesskostenhilfe begehrt wird, über diesen Rahmen hinausgeht, hat das Verfahren keine Aussicht auf Erfolg. Nur dann muss keine Prozesskostenhilfe gewährt werden. Die abschließende Entscheidung, welche Umstände für die Bemessung des Schmerzensgeldes von Bedeutung sind, wie diese Umstände zu bewerten sind, und wie das Gericht dabei sein Ermessen ausübt, sind jedoch erst im Hauptsacheverfahren zu entscheiden.

16

Eine solche Auslegung folgt dem Gebot der Rechtsschutzgleichheit aus Art. 3 Abs. 1 in Verbindung mit Art. 20 Abs. 3 GG. Den Unbemittelten muss bei einem nicht nur entfernt erfolgversprechenden Antrag die Möglichkeit eröffnet werden, diesen in einem Hauptsacheverfahren mit anwaltlicher Unterstützung und unter etwaiger Hinzuziehung von Zeugen und Sachverständigen prüfen zu lassen. Das Hauptsacheverfahren eröffnet sowohl den Unbemittelten wie auch den Gegnern der jeweiligen Klage ungleich bessere Möglichkeiten der Entwicklung und Darstellung sowohl der Tatsachen wie auch des eigenen Rechtsstandpunktes. Dies gilt insbesondere, wenn Unbemittelte im Prozesskostenhilfverfahren noch nicht anwaltlich vertreten sind, sondern anwaltliche Unterstützung erst noch begehren. Erst die vertiefte Erörterung im Hauptsacheverfahren eröffnet auch die Möglichkeit, die Rechtsauffassung, die ein Gericht zunächst entwickelt, zu überdenken. Zudem bestehen je nach Verfahrensart erst mit einem Hauptsacheverfahren

auch Möglichkeiten, eine für die Antragstellenden günstige Entscheidung der Rechtsfrage durch ein Gericht höherer Instanz zu erreichen (vgl. BVerfGE 81, 347 <359>)...“(Zitat Ende)

Vor diesem Hintergrund möge das erkennende Berichte bitte nicht die Anforderungen an die Bewilligung von PKH überspannen.

Schmitz  
Rechtsanwalt

(Dieser Schriftsatz ist qualifiziert elektronisch signiert)



# Klageentwurf:

## Bitte beachten:

Bei Landgerichten besteht Anwaltszwang, auch schon für die Einreichung der Klage. Solche Klagen sind folglich nur mit einem Anwalt/einer Anwältin möglich.

In der Sache

der Frau ..., ..., ....

- Klägerin -

Prozessbevollmächtigter: Rechtsanwalt Wilfried Schmitz, Kontaktdaten wie im Briefkopf angegeben

Moderna Biotech Spain S.L., Calle Monte Esquinza 30, 28010 Madrid, vertreten durch die Geschäftsführer, Mail: [medinfo@modernatx.com](mailto:medinfo@modernatx.com)

- Beklagte -

Prozessbevollmächtigter: Hogan Lovells International LLP, Karl-Scharnagl-Ring 5, 80539 München

wegen Schmerzensgeld und Schadenersatz auf Grund eines Spikevax-Injektionsschadens

vorläufiger Streitwert: um gerichtliche Festsetzung wird gebeten.

Namens und mit Vollmacht der Klägerin erhebe ich Klage und werde in mündlicher Verhandlung beantragen zu erkennen:

1.

Die Beklagte wird verurteilt, an die Klägerin ein angemessenes Schmerzensgeld nebst 5 Prozentpunkten über dem Basiszinssatz seit dem 27.5.2024 zu bezahlen,

2.

Die Beklagte wird verurteilt, an die Klägerin eine (rückständige) Rente (zu ihrem Verdienstaufschaden) in Höhe von insgesamt ....€ nebst Zinsen hieraus in Höhe von 5 Prozentpunkten über dem Basiszinssatz ab dem 9... zu bezahlen.

3.

Die Beklagte wird verurteilt, an die Klägerin ab dem ... bis zum ... eine vierteljährlich vorauszahlbare monatliche Rente (zu ihrem Verdienstaufschaden) in Höhe von ... € jeweils im Voraus zum 1.1., 1.4., 1.7. und 1.10. eines Jahres zu bezahlen.

4.

**Es wird festgestellt, dass die Beklagte (darüber hinaus) verpflichtet ist der Klägerin allen weiteren, derzeit noch nicht bezifferbaren materiellen und immateriellen Schaden zu ersetzen, der der Klägerin auf Grund der Schädigungshandlung (der Herstellung und dem Vertrieb der Covid-19-Injektion Spikevax) bereits entstanden ist und künftig noch entstehen wird, soweit der Anspruch nicht auf einen Sozialversicherungsträger oder andere Dritte übergegangen ist.**

5.

**Die Beklagte ist verpflichtet, die Klägerin von den außergerichtlich angefallenen Kosten ihrer Rechtsverfolgung in Höhe von 3.020,34 € freizustellen.**

6.

**Die Beklagte ist verpflichtet, die Klägerin von den außergerichtlich angefallenen Kosten für das Gutachten des Sachverständigen Dr. Hans-Joachim Kremer zur Beurteilung des Nutzen-Risiko-Verhältnisses i.S. des § 84 Abs. 1 S. 2 Nr. 1 AMG in Höhe von 17.850,00 € freizustellen.**

7.

**Die Beklage trägt die Kosten des Rechtsstreits.**

8.

**Überdies wird beantragt,**

**bei Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen ein**

**(Teil-)Versäumnis- oder (Teil-)Anerkenntnisurteil**

**zu erlassen.**

**Weitere Anträge zu Auskunftsansprüchen gem. § 84 a AMG und § 35 Abs. 1 GenTG bleiben ausdrücklich vorbehalten.**

Mit einer Entscheidung des Rechtsstreits durch einen Einzelrichter sind wir nicht einverstanden, da die Sache besondere Schwierigkeiten tatsächlicher und rechtlicher Art aufweist und auch grundsätzliche Bedeutung hat.

**Schon jetzt wird gerade auch im Hinblick auf den Gesundheitszustand der Klägerin gem. § 128 a ZPO beantragt, dass die mündliche Verhandlung als Videoverhandlung stattfindet und die Teilnahme der Klägerin und mir als Unterzeichner die Teilnahme per Bild- und Tonübertragung zu gestatten.**

## Inhaltsverzeichnis

A) Vorbemerkungen.....	23
I. Einleitende Anmerkungen .....	23
II. Unzutreffende Narrative .....	26
III. Sachbücher und sonstige Beiträge zur Vertiefung .....	66
B) Allgemeine Daten zur Firma Moderna und zu Spikevax.....	80
C) Modernas und BioNTechs übelste Fehleinschätzungen, Manipulationen, Lügen und Unterlassungen im Zusammenhang mit der Entwicklung, der Zulassung und dem Vertrieb von Comirnaty.....	83
I. Grundsätzliche „konzeptionelle“ Fehler schon in der Entwicklung .....	85
II. Die Zulassungsstudie - Mängel in den Zulassungsverfahren der EMA .....	101
III. Herausragende vorsätzliche manipulative Handlungen und Unterlassungen von Moderna .....	107
1. Gutachten des Sachverständigen Dr. Hans-Joachim Kremer zum Nutzen-Risiko-Verhältnis von Spikevax .....	107
2. Weitere konkrete Anhaltspunkte zur Fälschung der Zulassungsstudie:.....	110
3. Die Lüge, dass das kationische Lipid SM-102 nicht toxisch ist.....	110
4. Die Lüge, dass Spike-Proteine nicht toxisch sind und die Lüge, dass das Spike-Protein nicht lange im Körper verbleibt .....	114
5. Die Lüge mit den Grenzwerten für DNA-Verunreinigungen bzw. die Lüge, dass die von mehreren Laboren festgestellten DNA-Verunreinigungen nicht relevant/wichtig seien .....	123
6. Die Lüge, dass Spike-Proteine im Armmuskel verbleiben .....	129
7. Die unfassbar dreiste Lüge, dass die Injektionen „sicher“ bzw „nebenwirkungsfrei“ und die Lüge, dass die Injektionen (hoch-)wirksam sind .....	130
8. Die Lüge, dass sich keine DNA in den Zellkern integrieren kann .....	141
9. Die – von der EMA ermöglichte und sogar Gesetz gewordene - Lüge, dass Covid-19-Geninjektionen „Impfstoffe“ und keine Gentechnik sind .....	143
IV. Die Zulassungsentscheidung .....	149
V. Produktion.....	174
VI. Vertrieb / Erkenntnisse nach der Zulassung .....	186
D) Keine Aufsicht, kein Hinterfragen, keine Aufklärung .....	192
I. Das systematische Versagen der Arzneimittelaufsichtsbehörden .....	192
II. Datenbanken .....	226
III. Zur Verantwortlichkeit der Covid-19-„Impf“-Ärzte .....	229
E) Begründung der Klageanträge / Sachverhalt .....	231
E/1) Sachverhalt .....	231
I. Krankengeschichte.....	231
II. Nachweise und Indizien für die Kausalität der Covid-Injektionen für die streitgegenständlichen Impfschäden .....	242
1. Hintergründe .....	247

2. Diagnosen .....	247
2.1 COVID-19 Impfungen .....	247
2.2 Lymphadenopathie .....	247
2.3 Sakroiliitis und Spondyloarthritis .....	248
2.4 ME-CFS .....	250
III. Typische Nebenwirkungen von Spikevax .....	256
E/2) Begründung der Klageanträge / Zur Rechtslage .....	273
I. Ansprüche aus Gefährdungshaftung – Anspruch aus § 84 Arzneimittelgesetz (AMG) .....	273
II. Ansprüche aus Verschuldenshaftung .....	340
1. ProdHaftG .....	340
2. Anspruch aus Produzentenhaftung nach § 823 Abs. 1 BGB .....	340
3. Anspruch aus § 823 Abs. 2 BGB i.V. mit Schutzgesetzen (insbes. des StGB) .....	343
4. Anspruch aus § 826 BGB: Sittenwidrige vorsätzliche Schädigung .....	357
III. Anspruch aus § 32 GenTG .....	358
IV. Haftung mehrerer gem. § 840 BGB .....	364
V. Zu Fragen der Verjährung .....	365
F) Womit sich die Beklagte(n) nicht verteidigen können .....	367
G) Zur bisherigen Rechtsprechung gegen Covid-19-Injektionshersteller .....	393
H) Die Bezifferung der einzelnen Ansprüche .....	399
I. Immaterielle Schäden .....	399
II. Materielle Schäden .....	403
III. Erstattung vorgerichtlicher Kosten und Auslagen .....	405
I) Gebotenheit der Klage .....	410
Anhang .....	411
A) Strafantrag ist nicht Voraussetzung für strafrechtliche Ermittlungen .....	411
B) Weitere Belege zur Wirkungslosigkeit der Covid-19-Injektionen .....	413
C) Weitere Belege zur Gefährlichkeit der Covid-19-Injektionen .....	415
D) Totalversagen der Bundesgerichte .....	425
E) Vorbehaltene Beweisanträge zu Übersterblichkeit und Biowaffen .....	444
F) Sind WHO, WEF und UN Terrororganisationen? .....	459
G) Was müsste (sofort) verändert werden? .....	463
H) Off-Label-Therapien von Covid-19-Injektionsgeschädigten – Wer zahlt? .....	467
I) Überflüssige Debatten, die vor Gericht nur schaden .....	470
J) Ansätze die das Immunsystem unterstützen .....	471
Weitere Bücher von mir .....	471